

Fachveranstaltung: "Schritte in die Zukunft"

Hochkarätige Experten referierten und diskutierten über die Wahl der optimalen Marschroute bei der Errichtung nachhaltiger Gebäude. In seinem Eröffnungsreferat forderte dabei Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl unter dem Motto "Erneuern statt besteuern" rasche Impulse für die Bauwirtschaft.

Wien (28. April 2010) – Mehr als 120 Teilnehmer aus den Bereichen Baustoffindustrie, Planung und Architektur, Immobilien- und Hausverwaltung sowie Wohnbauträger folgten der Einladung zur Fachtagung "Schritte in die Zukunft" in die Wirtschaftskammer Österreich, zu der die GPH - Güteschutzgemeinschaft Polystyrol-Hartschaum, Qualitätsgruppe Wärmedämmverbundsysteme, ZIB - Zentralverband Industrieller Bauproduktehersteller und Fachverband der Stein- und keramischen Industrie geladen hatten. Durch den Nachmittag führte TV-Moderatorin Mag. Isabella Krassnitzer.

"Systeme erneuern, statt Bürger und Unternehmen besteuern", forderte gleich zu Beginn **Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl** Impulse für die heimische Konjunktur, die noch 2010 wirksam werden. Dies sei notwendig, weil einige Indikatoren für eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufwärtstrends sprechen. "Das beste Rezept, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, ist das Wachstum anzukurbeln", appellierte Leitl an die Adresse der Bundesregierung, die Forderungen der Wirtschaft nach Fördermaßnahmen für die thermische Sanierung und die Umsetzung des Handwerkerbonus rasch in Angriff zu nehmen. "Wir wollen dem Finanzminister nicht in die Tasche greifen: Die thermische Sanierung und der Handwerkerbonus sind intelligente Maßnahmen, die das Budget nicht belasten. Das Fördervolumen kommt als Steuereinnahme in die Staatskasse noch bevor es ausbezahlt wird." Einwänden, wonach aufgrund der angespannten Staatsfinanzen nicht genügend Mittel für die Impulse vorhanden seien, erteilte Leitl eine Absage: "Es geht mir nicht um neue Schulden. Die vorhandenen finanziellen Mittel müssen richtig eingesetzt werden." Die Wohnbauförderung betrage jedes Jahr 2,8 Milliarden Euro, davon stamme eine Milliarde von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Doch sie werde von den Ländern nicht ausschließlich für den Wohnbau ausgegeben. "Wenn die Bundesländer die Wohnbauförderung für ihre Länderbudgets verwenden, handelt es sich dabei um eine gesetzlich

legitimierte Veruntreuung", so der Wirtschaftskammerpräsident, der vehement für eine Zweckwidmung der Wohnbauförderung eintritt.

"Der Pfusch ist in Österreich eine Wachstumsbranche", stellte **Prof. Dr. Friedrich Schneider** von der Johannes Kepler Universität Linz an den Beginn seiner Ausführungen und fügte hinzu: "2009 stieg die Schattenwirtschaft zum ersten Mal wieder um fünf Prozent an und auch in diesem Jahr wird sie um weitere vier Prozent wachsen. Das heißt: Der Pfusch in Österreich wird somit 2010 ein Volumen von rund 21,32 Mrd. Euro erreichen." Um die Schattenwirtschaft zu bekämpfen und mehr Handwerksleistungen in die offizielle Wirtschaft zu bringen, schlug Schneider die rasche Einführung des Handwerkerbonus vor. Dieser Bonus ermöglicht eine steuerliche Absetzbarkeit von 20 Prozent der Bau-Dienstleistungen bis zu 5.000 Euro pro Jahr. Somit erhält ein Haushalt eine Steuergutschrift von maximal 1.000 Euro. Durch diese Maßnahme würde sich das Schattenwirtschaftsvolumens um drei bis fünf Milliarden Euro reduzieren. "21 Prozent jener Österreicher, die eine Renovierung planen, würden von dem Bonus Gebrauch machen und einen Handwerker beauftragen", so Schneider und ergänzt: "Der Handwerkerbonus ist nicht nur für den Finanzminister ein Geschäft, sondern Wirtschaft und private Haushalte profitieren ebenfalls davon."

Dr. Susanne Geissler präsentierte die von der Austrian Energy Agency im Rahmen des Projekts "Österreich umbauen – Sanierungsoffensive zur CO₂- und Energieeinsparung" ausgearbeitete Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Sanierungsrate beitragen sollen. "Die heterogene Struktur des Gebäudesektors Wohnbau in Österreich erfordert," so Dr. Geissler "jedoch eine Vielzahl an Instrumenten. Außerdem ist bei den Zielgruppen zwischen Hausverwaltungen und Wohnungseigentümern bzw. Mietern zu unterscheiden. Als Ziel gilt jedenfalls die umfassende Sanierung der Gebäudehülle und der Haustechnik." Beim mehrgeschossigen Wohnbau setze man auf ein dreistufiges Beratungspaket: Beginnend mit einer allgemeinen Sanierungserstberatung zur Bewusstseinsbildung, der Sanierungskonzepterstellung als Entscheidungsgrundlage und der Prozessbegleitung während der Sanierung. Im Zuge des Projekts haben die regionalen Kooperationspartner der Austrian Energy Agency umfangreiche Beratungsleistungen für Gebäudeeigentümer, Bauträger und Hausverwaltungen durchgeführt, u. a. 135 Erstberatungen für die Sanierung und 60 Teilnahmen an Hausversammlungen im Rahmen der Erstberatung. Das Resümee von Susanne Geissler: "Es vergehen oft Jahre zwischen Erstberatung und Sanierung, aber 60 % der Beratungen führen zu Sanierungen und damit zu Einsparungen."

Dr. Rainer Mikulits, Geschäftsführer des österreichischen Instituts für Bautechnik, präsentierte in seinem Vortrag die neue Energieeffizienzrichtlinie, die bis Mitte 2010 beschlossen und spätestens 3 Jahre nach der Veröffentlichung national umgesetzt werden soll. So wies er unter anderem darauf hin, "dass der aktuelle Vorschlag das Niedrigstenergiegebäude als Standard etabliert." Darüber hinaus sei künftig bei allen Gebäuden vor Baubeginn immer die technische, ökologische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Energieversorgungssystemen zu überprüfen. Die Verpflichtung zur Ausstellung eines Energieausweises werde weiter ausgedehnt, und zwar teilweise auf bestehende Gebäude von Behörden. In Österreich sei für 2012 eine weitere Verschärfung der Anforderungen an den Heizwärmebedarf vorgesehen. Diesbezüglich soll die OIB-Richtlinie 6 noch heuer angepasst werden. Weiters geplant seien die Angabe des Primärenergiebedarfs und der CO₂-Emissionen im Energieausweis sowie Anforderungen an den Endenergiebedarf bei Nicht-Wohngebäuden. Mikulits abschließend: "Das Ziel ist klar: Die Zahl der Niedrigstenergiegebäude muss deutlich erhöht werden!"

Prof. Dr. Martin Treberspurg von der Universität für Bodenkultur hielt ein Plädoyer für eine zukunftssichere Bauweise und belegte deren Machbarkeit anhand zahlreicher Beispiele u.a. der solarCity in Linz Pichling, dem Schiestlhaus am Hochschwab in 2.156 Meter Seehöhe oder dem Österreich-Haus bei den Olympischen Winterspielen 2010 in Kanada. "Um die EU-Klimaziele erreichen zu können, muss neben der Wohnbauförderung der Länder ein jährliches Budget des Bundes im wirksamen Größenbereich von ca. 500 Mio. Euro vorhanden sein. Die volkswirtschaftliche Umwegrentabilität durch Arbeitsplätze, Steuerrückflüsse und Deviseneinsparungen ist nachweislich viel höher als diese Beträge," beziffert Treberspurg den Finanzbedarf für eine nachhaltige CO₂-Reduktion im Gebäudebereich.

Dr. Hartmut Schönell, geschäftsführender Vorstand des Industrieverbandes Hartschaum IVH in Heidelberg, präsentierte das Neueste zum ökologischen Fußabdruck von Dämmstoffen am Beispiel der kürzlich erfolgreich abgeschlossenen Umwelt-Produktdeklarationen (EPDs) für Styropor in Deutschland. Die neuen auf ISO-Normen basierenden EPDs eignen sich hervorragend als Datengrundlage nicht nur für die technische und wirtschaftliche, sondern besonders auch für die ökologische Gebäudebewertung. Sie bewirken, dass die Kriterien der Nachhaltigkeit ingenieurmäßig erfasst werden, wie z. B. die

energetische Beschaffenheit eines Gebäudes durch den Energieausweis. Ein Trend zum umfassenden Gebäudepass zeichnet sich damit ab. Schönell: "Mit der EPD werden Inhaltsstoffe und Wirkungen von der Wiege bis zur Bahre offengelegt. Dadurch können Planer, Fachausführende sowie private und öffentliche Bauherren alle relevanten ökologischen Parameter von Bauprodukten objektiv miteinander vergleichen. Ein Meilenstein auf der Marschroute zur Errichtung nachhaltiger Gebäude!"

Rückfragen:

Dr. Clemens Demacsek
G.P.H. Güteschutzgemeinschaft Polystyrol-Hartschaum
Brückenstraße 3, A-2522 Oberwaltersdorf
Tel.: 02253 / 7277, Fax: 02253 / 7277-4
E-Mail: gph@gph.at
Internet: www.styropor.at

GPH Pressestelle:

freecomm.wien.graz, Jörg Schaden, 3032 Eichgraben, Götzwiesenstraße 12
Tel. 02773 / 420 30, Fax: 02773 / 420 30-14
Mobil: 0676 / 624 17 85, E-Mail: office@freecomm.cc